

Kurzfassung der Ergebnisse der Studie zu

GEWALT AN FRAUEN IN OBERÖSTERREICH

im Auftrag des Büro für Frauenfragen und der Sozialabteilung des Landes Oberösterreich

Autorinnen: Dr.ⁱⁿ Verena Kaselitz und Mag.^a Birgit Appelt

Mitarbeit: Mag.^a Carla Schubert und Mag.^a Birgit Schmid

Ziele der Studie

Ziel der Studie war es festzustellen, welche sozialen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nötig sind, um Gewalt an Frauen zu verhindern bzw. nachhaltig zu beenden.

Im Bereich der Primärprävention und Frühphase der Sekundärprävention sollte festgestellt werden, was aus Sicht der betroffenen Frauen die Ursache der Gewalttätigkeit des Partners ist, wie sie rückblickend die Gewalt erlebt und als solche benannt haben und welche Rolle soziale Netze einerseits und unterstützende – sowohl staatliche als auch unabhängige – Angebote und Einrichtungen andererseits gespielt haben.

Im Bereich der Tertiärprävention sollte untersucht werden, auf welche Schwierigkeiten Frauen nach der Krise (z.B. nach Aufenthalt im Frauenhaus) treffen, die sich als hinderlich zur dauerhaften Beendigung von Gewalt erweisen.

Eckdaten der Erhebung

Im Rahmen der Studie Gewalt an Frauen in Oberösterreich wurden 12 qualitative episodische Interviews durchgeführt, in denen Frauen über ihre Gewalterfahrungen und deren Beendigung berichteten. Ergänzt wurden die Interviews durch eine Fragebogenerhebung (zur Auswertung gelangten 38 Fragebögen), in denen vor allem auf die Unterstützung in der Krise eingegangen wurde.

Aufgrund von Aufrufen in diversen Medien meldeten sich überraschend viele Frauen, von denen zehn während der Sommermonate 2008 interviewt wurden. Zwei der interviewten Frauen wurden durch ein öö. Frauenhaus vermittelt.

Wichtigster Beweggrund für die Frauen war, mitzuhelfen, damit es anderen Frauen künftig besser geht und sie diese Erfahrungen nicht machen müssen.

Ein Drittel der persönlich Befragten, vier Frauen, erlebten bereits in der Kindheit schwere körperliche bzw. sexuelle Gewalt. Alle erlebten als Erwachsene Gewalt, in erster Linie durch den Ehemann. Alle zwölf Frauen hatten Kinder.

Ergebnisse der Studie

Frauen, die durch eine nahe stehende Person Gewalt erlebten, befanden sich in einem permanenten Ausnahmezustand. Dieser machte es ihnen schwer bis unmöglich, Hilfe zu suchen, und auch Hilfe anzunehmen. Ihr Alltag bestand aus Angst, Kontrolle, physischer Gewalt und seelischer Misshandlung. Die interviewten Frauen sprachen von einem Leben im Schockzustand und von Handlungsunfähigkeit. Sie konnten nicht wahrnehmen, was mit ihnen

geschah. „Ich hab' alles geschluckt“ und „Ich habe alles nur mehr mechanisch getan, hab nur noch in schwarz/weiß gesehen.“

Die Frauen fühlten sich verantwortlich, empfanden oft Scham und hatten Schuldgefühle: „Ich wollte nicht, dass die anderen das sehen ... es war mir peinlich.“ Dazu kam mangelndes Wissen über die Rechtslage und über die Hilfsangebote. Die Mehrheit der interviewten Frauen wusste nicht, wohin sie sich wenden sollte, dachte „das ist nichts für mich“ bzw. konnte durch Unkenntnis ihrer Rechte vom Täter extrem unter Druck gesetzt werden, vor allem wenn es um die Obsorge der Kinder ging.

Betroffene von psychischer Gewalt standen vor einer noch größeren Herausforderung, da es noch schwieriger ist, diese Form der Misshandlung selbst als Gewalt zu erkennen. Die (scheinbare) Unsichtbarkeit von psychischer Gewalt verhinderte meist gänzlich einen Prozess der Hilfesuche. Selbst wenn die Frauen von Hilfseinrichtungen wie dem Frauenhaus wussten, fühlten sie sich nicht als Klientel. Dieses Problem erscheint umso gravierender, da viele Gewaltbeziehungen mit psychischen Formen der Gewalt (Einschüchterung, Demütigung, Abwertung, Kontrolle, etc.) beginnen und erst mit Fortdauer weitere Gewaltformen hinzukommen.

In der Krisensituation war es für die meisten Frauen nicht möglich, aktiv auf die Suche nach Hilfseinrichtungen zu gehen bzw. sich über die rechtliche Situation zu informieren. Hier ist es allerdings wichtig darauf hinzuweisen, dass die Frauen meist Jahre, manchmal sogar Jahrzehnte in einer gewalttätigen Beziehung lebten bzw. wieder Gewalt in der Partnerschaft erlebten, nachdem sie bereits in der Kindheit sexuell und körperlich misshandelt worden waren.

Rückblickend betonten die Frauen, dass es hilfreich gewesen wäre, bereits vorher über Rechte und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung gewusst zu haben. Dabei machten die interviewten Frauen selbst konkrete Vorschläge, wie dies passieren könnte. So müsste der Zugang zu Informationsmaterial über Hilfseinrichtungen erleichtert werden, beispielsweise durch Auflegen an Orten, die besonders Frauen regelmäßig frequentieren (Kaufhäuser, Apotheken, Arztpraxen, Kindergärten, Gemeindeämter etc.). Weiters wurde bemängelt, dass in den Medien zu wenig bzw. zu wenig informativ über das Problem der Gewalt in der Familie und in Beziehungen berichtet werde. Für viele der Interviewten war es vor allem wichtig, dass Maßnahmen zur Prävention bereits in der Kindheit gesetzt werden. „Man muss in der frühkindlichen Phase mit der Förderung, mit der Stärkung anfangen“, wie eine Interviewpartnerin es zusammenfassend formulierte.

Aus den Interviews ergibt sich, dass es gerade für Kinder fast unmöglich war, von sich aus Hilfe zu holen, auch wenn sie von Hilfseinrichtungen gehört hatten. So bekannte eine der Interviewten: „Ich hab zwar gewusst, dass es das gibt (Kindernotruf), aber ich hätte mich nie getraut, dort anzurufen.“ Sie konnten auch direkt angebotene Hilfe beispielsweise durch Ärzte nicht annehmen, wenn sie mit Druck oder Anzeigepflicht verbunden war.

Wurden Frauenhilfseinrichtungen in Anspruch genommen (meist auf Initiative von Dritten), wurde die Hilfe von den interviewten Frauen ausnahmslos positiv bewertet. Ähnlich auch die Ergebnisse der Fragebogen-Erhebung Ein Großteil der Frauen, die den Fragebogen ausfüllten, nämlich 31 (81,5%) hatte um Hilfe im Frauenhaus gebeten. Diese Hilfe wurde mit Abstand am besten bewertet mit 29 Frauen (76,3%), die die Hilfe als sehr gut bezeichneten und nur einer Person (2,6%), die gar nicht mit der erhaltenen Hilfe zufrieden war. Sehr gute und gute Erfahrungen machten die befragten Frauen mit den von ihnen genannten Frauenberatungsstellen und dem Gewaltschutzzentrum.

Zwiespältig war die Bewertung der Unterstützung durch andere Institutionen, wie z.B. der Polizei, dem Jugendamt oder dem medizinischen Bereich. Hier reichten die Bewertungen von ausgezeichnet, sehr wertvoll bis nicht ausreichend. Ausschlaggebend waren dabei sowohl die

Schulung und Sensibilisierung auch die persönliche Werterhaltung der involvierten Beamten/innen und Fachleute.

Nach Bewältigung der unmittelbaren Krise hätten sich die Frauen in erster Linie mittel- und längerfristige psychologische bzw. psychotherapeutische Unterstützung gewünscht sowie spezielle Angebote für die Kinder. Ebenfalls mehrfach betont wurde die Notwendigkeit von Unterstützung für die Täter.

Erkenntnisse aus der Studie

Die Studie hat gezeigt, dass das existierende Netz an Hilfseinrichtungen einen wichtigen Beitrag leistet, um von Gewalt betroffene Frauen in der Krise bestmöglich zu unterstützen. Sie werden durchwegs professionell betreut, so dass eine Beendigung der Gewalt tatsächlich erreicht wird. Es lässt sich lediglich eine gewisse Unterversorgung mit Frauenhilfseinrichtungen, insbesondere mit Frauenhäusern, in einigen Regionen (Mühlviertel, Salzkammergut) feststellen. Positive Auswirkungen auf die Situation dieser Frauen lassen sich auch in den im letzten Jahrzehnt erfolgten gesetzlichen Maßnahmen (Gewaltschutzgesetz) erkennen.

Dem gegenüber steht allerdings die Erkenntnis, dass Gewalt an Frauen noch immer weitgehend tabuisiert ist, die Geschlechterbeziehungen nach wie vor großteils traditionell geprägt sind und Frauen daher nicht im Stande sind, die erlebte Gewalt als solche wahrzunehmen bzw. Hilfe und Unterstützung zu suchen, da sie Ursache und Schuld bei sich selbst suchen. Diese Mängel im Bereich der Primärprävention, d.h. vor dem Auftreten von Gewalt, haben nicht nur Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der betroffenen Frauen, sondern beeinflussen auch das Verhalten der Umwelt sowie involvierter Institutionen wie Polizei, Justiz und Jugendwohlfahrt. Mangelndes Problembewusstsein und –verständnis führen dazu, dass die Hilfesuchenden nicht oder inadäquat unterstützt werden. Allgemeine und zielgruppenspezifische Bewusstseinsarbeit kommt daher große Bedeutung zu und sollte dringend forciert werden. Betont werden muss, dass Präventionsarbeit bereits bei den Eltern, Bezugspersonen und PädagogInnen beginnen muss, um sowohl im Kindesalter zu greifen als auch um die Basis für ein selbstbestimmtes Erwachsenenleben ohne Gewalt – für Frauen und Männer – zu legen.

Generell kann festgestellt werden, dass der Fokus der öffentlichen Unterstützung im Bereich der Krisenintervention liegt. Neben Defiziten in der Primärprävention konnte auch festgestellt werden, dass nach der Bewältigung der Krise die Unterstützung für viele Betroffene oft zu abrupt endet, vor allem im psycho-sozialen Bereich, wodurch es neuerlich zu belastenden Situationen kommt und sich die betroffenen Frauen alleine gelassen fühlen. Verstärkt wird dies durch die für viele Frauen schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen, in erster Linie niedrige Einkommen und fehlende bzw. leistbare Kinderbetreuung.

Der momentane Fokus auf die Krisenintervention darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch hier noch Handlungsbedarf gegeben ist. Institutionalisierte Kooperationen zwischen Frauenhilfseinrichtungen, Polizei, Justiz und Jugendwohlfahrt, etwa im Rahmen von Runden Tischen, wären notwendig, um ein koordiniertes Vorgehen zu ermöglichen unter bestmöglicher Ausschöpfung der jeweiligen Ressourcen und Zuständigkeiten, mit dem Ziel Opfern bzw. auch potentiellen Opfern (Kinder) bestmögliche und rasche Hilfestellung zu geben.

Für den Inhalt verantwortlich: Dr.ⁱⁿ Verena Kaselitz

Rückfragen unter 0650-6301968 und verena.kaselitz@social-change.eu